

## Chemieindustrie unter Druck: Finanzierung im Koalitionsvertrag wackelt!

Im Koalitionsvertrag stehen Maßnahmen für die Chemieindustrie unter Finanzierungsvorbehalt; Experten fordern klare Prioritäten.



**Deutschland** - In den aktuellen Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD stehen die geplanten Maßnahmen für die Chemieindustrie unter einem Finanzierungsvorbehalt. Dies berichtet **MDR**. Die Hauptgeschäftsführerin des Nordost-Chemieverbandes, Nora Schmidt-Kessler, äußert sich zuversichtlich zur Umsetzung dieser Maßnahmen, betont jedoch, dass der Bund begrenzte Ressourcen habe und Prioritäten gesetzt werden müssen. Dabei stellt sie klar, dass wirtschaftliche Maßnahmen vorrangig gefördert werden sollten, um nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten.

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Chemiegewerkschaft IG BCE, äußert scharfe Kritik am Finanzierungsvorbehalt und fordert von Union und SPD eine klare Roadmap für die Umsetzung der Maßnahmen. Vassiliadis ist jedoch überzeugt, dass der Koalitionsvertrag ein starkes Signal für die deutsche Chemieindustrie darstellt.

## **Finanzierungsproblematik**

Die Finanzierungsfragen waren ein zentraler Streitpunkt in den Verhandlungen. Laut **Zeit** stehen sämtliche Maßnahmen im Koalitionsvertrag unter einem Finanzierungsvorbehalt. Dieser Vorbehalt soll die Glaubwürdigkeit der beteiligten Parteien stärken, doch viele kostspielige Vorhaben, wie Steuersenkungen für Unternehmen und Entlastungen bei den Stromkosten, könnten die Gesamtkosten auf etwa 54 Milliarden Euro steigen. Experten warnen vor den möglichen finanziellen Auswirkungen dieser Vorhaben, da beispielsweise die geplante Senkung der Stromsteuer erhebliche Mindereinnahmen von 10,5 Milliarden Euro verursacht.

Zusätzlich könnte eine Senkung der Körperschaftssteuer zu weiteren 18 Milliarden Euro Mindereinnahmen führen. Die SPD strebte ursprünglich Steuererhöhungen für besserverdienende Bürger an, scheiterte jedoch am Widerstand der Union. Umweltpolitische und soziale Reformen werden verlangt, um die Kosten zu senken, doch aktuelle Sparanstrengungen im Bereich Bürgergeld und Verwaltung sind begrenzt.

## **Marktbedingungen und wirtschaftliche Unsicherheiten**

Wie der **Spiegel** berichtet, kritisiert die Chemiebranche den Stand der Koalitionsverhandlungen. Es bestehen Bedenken, dass unzureichende finanzielle Ressourcen die Umsetzung geplanter Maßnahmen stark gefährden könnten. Auch die gesenkten Wirtschaftswachstumserwartungen von führenden Instituten

sowie Unsicherheiten durch die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump könnten sich negativ auf die wirtschaftliche Situation auswirken.

Ob die geplanten Maßnahmen für die Wirtschaft letztlich realisiert werden können, bleibt fraglich, da sie stark von den kommenden Steuereinnahmen und der konjunkturellen Entwicklung abhängen. Die Herausforderungen sind groß, und die Chemieindustrie sieht sich in einer kritischen Phase, in der schnelle und klare Entscheidungen erforderlich sind, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.mdr.de">www.mdr.de</a></li><li>• <a href="http://www.zeit.de">www.zeit.de</a></li><li>• <a href="http://www.spiegel.de">www.spiegel.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**